



## VSEG-Pressemitteilung Juni 2017

### **Der VSEG stellt sich gegen die geplanten Poststellen-Schliessungen im Kanton Solothurn**

In den letzten Wochen und Monaten hat die Schweizerische Post mit den neu aufgezeigten Poststellen-Schliessungen im Kanton Solothurn – wie auch in anderen Kantonen – einen rigorosen Abbau des Service Public-Auftrags angekündigt. Der VSEG-Vorstand hat sich anlässlich der letzten Vorstandssitzung eingehend mit diesem Thema beschäftigt und Gegenmassnahmen beschlossen.

Obwohl sich auch die VSEG-Vorstandsmitglieder darüber bewusst sind, dass sich das Bürgerverhalten in den letzten Jahren in Bezug auf Postdienstleistungen verändert hat, muss nun doch festgestellt werden, dass der angekündigte Abbau von Poststellen viel zu weit geht. Dies obwohl die Ergebnisse der vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studie über die Auswirkungen der Post-Stellenschliessungen noch gar nicht bekannt sind. Ferner wird mit diesem Vorgehen die Tatsache missachtet, dass der Nationalrat am 30. Mai 2017 mit überwältigender Mehrheit eine Motion gutgeheissen hat, welche eine Überarbeitung der Kriterien verlangt, die bei der Poststellen-Schliessung zu beachten sind. Treibt die Post ihre Schliessungspolitik dennoch weiter, muss sie eine Flut von Einsprachen gewärtigen.

Der VSEG wird nun beim Bundesrat vorstellig werden und diesen bitten, die voraussiehenden Poststellen-Schliessungen stoppen zu lassen, bis die Grundsatzdiskussionen zum neuen zukünftigen Postauftrag geführt sind. Es kann nicht sein, dass sich ehemalige und heute bundesnahe Betriebe (Post, Swisscom etc.) so aus dem Versorgungsauftrag langsam aber sicher hinausschleichen. Der Post muss hier ganz klar die Grenze eines geplanten politisch nicht autorisierten Service-Public-Abbaus aufgezeigt werden.

Denjenigen Gemeinden, die nun neu mit den Schliessungsplänen konfrontiert wurden, empfiehlt der VSEG, eine vorsorgliche und gut begründete Einsprache bei der Postcom (Eidg. Postkommission Postcom, Monbijoustrasse 51A, 3003 Bern) einzureichen. Einsprachelegitimiert sind lediglich die von Schliessungsentscheiden direktbetroffenen Gemeinden. Wir sind jedoch überzeugt, dass mit jeder neuen Schliessung in einer Region wiederum sämtliche Gemeinden betroffen sind. Aus diesen Gründen sind allfällige Einsprachen möglichst mit vielen Gemeinden zu versehen. Der VSEG stellt den Gemeinden eine Muster-Einsprache zur Verfügung, damit ihnen der Weg für den Einspracheweg erleichtert werden kann. Sämtliche Solothurner-Parlamentarier (National- u. Ständeräte) wurden zudem aufgefordert, sich in der noch folgenden Parlamentsdebatte im Interesse der Solothurnischen Gemeinden einzubringen und den notwendigen politischen Gegendruck aufzubauen. Auf die Reaktionen aus Bundesbern sowie im Parlament sind wir gespannt!

Obergerlafingen, 2. Juni 2017

**VERBAND SOLOTHURNER EINWOHNERGEMEINDEN**

*Für Rückfragen:*

Thomas Blum, Geschäftsführer VSEG, Tel. 032 675 23 02, [info@vseg.ch](mailto:info@vseg.ch)